

# BESCHLUSS

---

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 29. September 2008

---

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 29. September 2009 beschlossen:

## **Privatwirtschaftliche Absatzförderung in der Land- und Ernährungswirtschaft statt „Zwangsabgabe“!**

Die Märkte für agrarische Rohstoffe boomen weltweit. Damit steigen unweigerlich die Preise für Lebens- und Genussmittel wie Milch, Butter, Schokolade, Brot, Bier, etc. Die stetig wachsende Weltbevölkerung, die zunehmende Flächenkonkurrenz bei der Produktion von Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen und der Klimawandel verstärken diesen Trend zusätzlich. Damit gehören die früheren Milchseen und Butterberge der alten EU-Agrarpolitik endgültig der Vergangenheit an.

Angesichts dieser Entwicklung von Angebots- zu Nachfragemärkten im Agrar- und Ernährungssektor ist es fraglich, ob der Absatzfonds inklusive der dazugehörigen Durchführungsgesellschaften, nämlich der Centralen-Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) und der Zentralen Markt- und Preisberichtsstelle GmbH (ZMP), die die Landwirte und die Ernährungswirtschaft Jahr für Jahr 90 – 100 Mio. Euro kosten, noch benötigt wird.

Für die FDP heißt die Antwort: Ja. Wir sind der Auffassung, dass gerade vor dem Hintergrund der rasanten Veränderungen auf den Weltagrarmärkten die Exportförderung zu einem schlagkräftigen Instrument ausgebaut werden muss. Es ist unbestritten, dass die Exportanstrengungen insbesondere auf den boomenden asiatischen Märkten verstärkt werden müssen. Von einem höheren Export profitieren die Land- und die Ernährungswirtschaft. Hier müssen die CMA und die Bundesregierung deutlich größere Anstrengungen unternehmen, um den Absatz deutscher Produkte im Ausland zu verbessern.

Die FDP hat erhebliche ordnungspolitische Zweifel an der von den Landwirten und Teilen der Ernährungswirtschaft erhobenen „Zwangsabgabe“ in Höhe von 90 – 100 Mio. Euro im Jahr. Da die CMA sich aus parafiskalischen Abgaben finanziert hat eine solche Einrichtung nicht dieselbe Freiheit hinsichtlich der Förderung der inländischen Erzeugung, wie die Erzeuger oder freiwillige Erzeugergemeinschaften.

Zusätzlich haben CMA, Absatzfonds und ZMP die ihnen auferlegten Aufgaben vor allem aus Sicht der Beitragszahler über viele Jahre nicht effizient genug erledigt und deshalb erheblichen Unmut unter den Landwirten hervorgerufen. Dieser Unmut hat zu Klagen gegen das Absatzfondsgesetz geführt, die vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig sind. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wird für Ende 2008 bzw. Anfang 2009 erwartet.

Bereits zwei Berichte des Bundesrechnungshofes aus dem Jahre 2006 zur Arbeit von CMA und Absatzfonds stellen deren Arbeit und Berechtigung grundsätzlich in Frage. Zentrale Kritikpunkte des Bundesrechnungshofes sind europarechtliche Bedenken, fehlende Evaluierungen zur Effizienz des Mitteleinsatzes und Vorwürfe der Geldverschwendung und Missmanagement.

Diese Kritik hat die FDP zum Anlass genommen, das Thema auch parlamentarisch zu hinterfragen. Wir haben privatrechtliche Alternativen zur Diskussion gestellt, wie sie bereits heute in anderen Bereichen und Ländern erfolgreich genutzt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit und den Absatz von Produkten der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft tatsächlich zu verbessern. Es wird immer deutlicher, sollen CMA, Absatzfonds und ZMP die zukünftigen Herausforderungen erfolgreich meistern, führt kein Weg an einer grundlegenden Reform an „Haupt und Gliedern“ vorbei. Kostbare Zeit für eine moderne und schlagkräftige Ausrichtung der Absatzförderung in Deutschland wurde vertan. Deshalb sind die Reformansätze der CMA grundsätzlich zu begrüßen, insbesondere die Absicht, künftig durch einen Geschäftsbericht für Transparenz zu sorgen. Das gilt unabhängig von der Frage, welche Rechtsform zukünftig zum Tragen kommen wird. Die jetzt eingeleiteten Reformschritte sind überfällig, um die Geschäftsfähigkeit der Organisationen zu gewährleisten.

Folgende Forderungen müssen zukünftig für eine schlagkräftige Absatzförderung heimischer Lebensmittel durch eine **„Dienstleistungsgesellschaft für die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft“** erfüllt werden:

1. Im Mittelpunkt aller Reformanstrengungen muss die Schaffung einer schlagkräftigen Absatzförderung für deutsche Agrarprodukte im In- und Ausland stehen. Dabei muss die Position der Landwirte als größte Beitragszahler deutlich verbessert werden. Es kann nicht sein, dass die Landwirtschaft die Marketingkosten und den Absatz der Ernährungsindustrie subventioniert. Eine Dienstleistungsgesellschaft (CMA) muss sich zukünftig stärker auf Absatzförderungsmaßnahmen konzentrieren, die direkt den Landwirten zu Gute kommt. Dazu gehören insbesondere die Erschließung neuer Absatzmärkte und die Förderung von Zukunftsbereichen unter Einbeziehung der Wissenschaft. Dabei müssen die Verarbeiter und der Handel stärker eingebunden werden
2. Die Transparenz über die effiziente Ausgabe der über die Zwangsabgabe eingenommenen Mittel muss im Interesse der Beitragszahler unter Beachtung des Äquivalenzprinzips gewährleistet sein.
3. Eine Dienstleistungsgesellschaft (CMA) muss die gruppennützige Verwendung der eingezogenen Mittel sicherstellen. Der „Trittbrettfahreneffekt“ (insbesondere auch der ausländischen Importeure) muss im Interesse der heimischen Erzeuger korrigiert bzw. sehr eng begrenzt werden.
4. Die von der CMA über viele Jahre betriebene Eigenwerbung muss kritisch überprüft werden. Im Mittelpunkt zukünftiger Werbekampagnen der CMA darf nicht die Dienstleistungsgesellschaft (CMA) selbst stehen.
5. Die Entscheidungsstrukturen des Absatzfonds müssen verschlankt werden, damit sie effizienter arbeiten können. Vertreter aus Politik und Ministerien pochen auf ein Mitspracherecht. Diese Konstruktion hat sich schlichtweg überlebt. Bauern, die die Beiträge hauptsächlich aufbringen, sollten stärker über ihre Verwendung entscheiden können. Die Meinungsvielfalt in den Gremien führt oftmals zu einer Einigung auf dem

„kleinsten gemeinsamen Nenner“. Das wiederum verhindert klare Positionen und verringert vor allem bei Absatz- und Marketingaktivitäten deren Durchschlagkraft.

**Vor diesem Hintergrund fordert die FDP eine Prüfung,**

- ob zukünftig die Absatzförderung für heimische Lebensmittel mit privatrechtlichen Organisationsstrukturen durchzuführen ist, um die Interessen der Land- und Ernährungswirtschaft in Deutschland auch vor dem Hintergrund der rasanten Veränderungen der Weltagrarmärkte möglichst optimal sicherzustellen. Dazu sind sektorspezifische Modelle wie sie bereits heute in anderen Bereichen z. B. der Fischwirtschaft oder anderen Ländern z. B. in den USA im Bereich der Milch erfolgreich genutzt werden, denkbare privatrechtliche Alternativen oder
- ob durch die Nutzung der Rücklagen der CMA, zukünftigen Beitragsrückstellungen und Haushaltsmitteln ein Stiftungsmodell entwickelt werden kann oder
- ob die bisher von der Land- und Ernährungswirtschaft erhobene „Zwangsabgabe“ mit dem weiteren Abbau der Agrarsubventionen ab dem Jahre 2014 zumindest für den Bereich Exportförderung durch eine Finanzierung über den Bundeshaushalt zu ersetzen ist, wie dies bereits heute für die übrige Wirtschaft im Haushalt für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie üblich ist.